

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Mitte zur 45. BVV im Juni 2011

1. Förderung für Mini- Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (Mini-KWK-Anlage) aus dem Berliner Umweltentlastungsprogramm II nutzen!

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, umgehend einen oder mehrere Anträge zur Errichtung von Mini-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in öffentlichen Gebäuden im Rahmen des Berliner Umweltentlastungsprogramms II zu stellen und für den Bezirk einen Teil der begrenzten Mittel zu sichern. Mit solchen Anlagen soll durch die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Heizwärme gegenüber konventionellen Heizungsanlagen bis zu 30 % der zum Einsatz kommenden Primärenergie eingespart werden. Mit der modellhaften Förderung von Mini-KWK-Anlagen sollen Erfahrungen zum Einsatz der energie- und klimaschutzeffizienten Technik im öffentlichen Gebäudebereich, vor allem in Schulen und Kitas, gesammelt werden.

Begründung:

Bis zum 31. Juli 2011 können öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen beim vom Berliner Senat beauftragten Programmträger, der B&S.U. GmbH, Anträge zur Förderung des Einbaus von Mini-KWK-Anlagen einreichen. Als Fördersumme stehen insgesamt 1,6 Millionen Euro zur Verfügung, darunter 600.000 Euro an Landesmitteln. Die Förderquote beträgt – abhängig von der Amortisationsdauer – 50 bis 80 Prozent. Das bedeutet, dass im Idealfall vom Bezirk nur 20 Prozent der Investitionssumme bereitgestellt werden müssen.

Nach den Erfassungen von KEBAP zu den Energiedaten von öffentlichen Gebäuden ist die Energiebilanz von Schulen im Bezirk besonders verbesserungsbedürftig.

Berlin-Mitte, den 20.06.2011

Für die SPD-Fraktion

Mahr Matischok

Anträge der SPD-Fraktion Mitte zur 45. BVV im Juni 2011

1. **Illegale Altkleidersammelcontainer bekämpfen**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, konsequent gegen illegal aufgestellte Altkleidersammelcontainer im Bezirk vorzugehen.

Dazu sollen folgende Maßnahmen gehören:

1. Illegal aufgestellte Altkleidersammelcontainer werden für den Verursacher kostenpflichtig und schnellstmöglich aus dem öffentlichen Straßenland entsorgt.
2. Aufsteller von illegalen Altkleidersammelcontainern werden für drei Jahre hinsichtlich einer diesbezüglichen Aufstellerlaubnis gesperrt.
3. Das Aufstellen von Altkleidersammelcontainern wird nur seriösen Anbietern erlaubt, die nachweisen können, dass ihre Sammlung wirklichen karitativen Zwecken dient.
4. Das Standortnetz von Altkleidersammelcontainern soll stadtverträglich sein. Hierzu soll ein Standortkonzept erarbeitet werden.

Berlin-Mitte, den 06.06. 2011

Für die SPD-Fraktion
Mahr de Sielvie

2. **Fußgängertunnel in der Karl-Liebknecht-Straße**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob die Absperrung der Eingänge des Fußgängertunnels in der Karl-Liebknecht-Straße vorübergehend auf eine andere Weise erfolgen kann, z.B. mit begehbaren Stahlplatten.

Begründung:

Die Eingänge des Fußgängertunnels in der Karl-Liebknecht-Str. sind seit mehr als 3 Jahren mit einem Bretterzaun abgesperrt, der regelmäßig mit Werbung beklebt wird. Das ist ein unansehnlicher Anblick für die Bewohner des Umfeldes und den zahlreichen Touristen, die täglich diesen Ort passieren.

Berlin-Mitte, den 06.06.2011

Für die SPD-Fraktion
Mahr Kliemann

3. Petriplatz – Teil des Gedächtnisses der Stadt

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass das geplante Zentrum für Archäologie am Petriplatz ohne Verzögerungen errichtet werden kann.

Begründung:

Der Petriplatz ist die Wiege Berlins und ist in dieser historischen Bedeutung aufgrund des großen Engagements von Archäologen, der Petrikirchengemeinde und von Anwohnern zunehmend wahrgenommen worden. Während der Senat unlängst den Bebauungsplan für das Quartier aufgestellt hat, droht offenbar der Verfall bereits akquirierter Fördermittel für das archäologische Zentrum, so dass die Realisierung dieses Ortes des Gedächtnisses der Stadt gefährdet erscheint.

Berlin-Mitte, den 06.06.2011

Für die SPD-Fraktion
Mahr Koch

4. Leipziger Straße – Metrobushaltestelle sicher und benutzerfreundlich gestalten

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Bushaltestelle Jerusalemer Straße (Fahrtrichtung Potsdamer Platz) für die Fahrgäste sicherer und benutzerfreundlicher gestaltet wird.

Begründung:

Die Busse halten an dieser Haltestelle regelmäßig im hinteren Bereich der Doppelhaltestelle, da der vordere Bereich unmittelbar an quer angeordnete Parkplätze angrenzt und von den Bussen, die aus dieser Position nicht aus der Haltestelle herausfahren können, nicht angefahren werden kann. Der hintere Haltestellenbereich besteht aus einem sehr schmalen Fußgängerbereich, der vom Zugangsbauwerk zum Fußgängertunnel Leipziger Straße begrenzt wird. Der verbleibende schmale „Gang“ stellt insbesondere für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste ein kaum zu überwindendes Hindernis dar. Bei winterlicher Witterung wird dieser Bereich in aller Regel komplett mit Schneeabraum befüllt, so dass dann für alle Fahrgäste ein unmittelbares Gefahrenpotential beim Aussteigen entsteht. Als geeignete Maßnahmen erscheinen: - Verbreiterung des hinteren Gehwegbereichs durch Errichtung eines Haltestellenkap. Dies ist deshalb möglich, weil die Busspur in diesem Bereich mehr als doppelbreit ist. – Erweiterung des vorderen Haltestellenbereichs durch Zuordnung von derzeitigen Parkflächen zur Busspur. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung im LOR 01011204 Leipziger Straße zu 45,9 % mehr als 50 Jahre alt ist. Eine zeitgemäße, benutzerfreundliche Gestaltung des Haltestellenbereichs ist vor diesem Hintergrund dringend geboten.

Berlin-Mitte, den 06.06.2011

Für die SPD-Fraktion
Mahr Koch

5. Spittelmarkt – Metrobushaltestelle sicher und benutzerfreundlich gestalten

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Bushaltestelle Spittelmarkt (Fahrtrichtung Potsdamer Platz) für die Fahrgäste benutzerfreundlicher gestaltet wird.

Begründung:

Der unmittelbare Haltestellenbereich ist nur durch einen schmalen, eher provisorisch erscheinenden Plattenweg durch die straßenbegleitende Grünfläche zu erreichen. Diese Gestaltung ist weit von heutigen Komfortvorstellungen für Zugangsbereiche zu Haltestellen entfernt und kann mit relativ geringem Aufwand zeitgemäß gestaltet werden. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung im LOR 01011204 Leipziger Straße zu 45,9 % mehr als 50 Jahre alt ist. Eine zeitgemäße, benutzerfreundliche Gestaltung des Haltestellenbereichs ist vor diesem Hintergrund dringend geboten.

Berlin-Mitte, den 06.06.2011

Für die SPD-Fraktion
Mahr Koch

6. Ortsteilschilder

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob für den historischen Stadtteil Luisenstadt Ortsteilschilder aufgestellt werden können.

Die Ortsteilschilder sollen an den historischen Grenzen der früheren Luisenstadt aufgestellt werden (Spreebrücken, Alte und Neue Jacobstraße).

Dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg soll der Vorschlag übermittelt werden, die dortigen historischen Grenzen der Luisenstadt (Skalitzer Straße u.a.) ebenso mit grünen Ortsteilschildern zu markieren.

Begründung:

In Berlin ist die Kennzeichnung von Ortsteilen in allen Stadtbezirken üblich. Sie erlaubt eine genauere lokale Einordnung von Wohnquartieren und Gewerbegebieten und vermittelt gleichzeitig mit der Namensverwendung ein historisches Element der Stadtgeschichte. Für Neuberliner trägt die Ortsteilbezeichnung zur Identitätsbildung bei. Die Vorstadt auf dem Köpenicker Feld erhielt auf Antrag der Bürgerschaft 1802 den Namen Luisenstadt. Dieser Name wurde in die preußische Städteordnung 1809 aufgenommen und bis zur Schaffung von Großberlin 1920 verwendet. Mit der Aufteilung der Luisenstadt auf die Stadtbezirke Kreuzberg und Mitte verschwand die Ortsteilbezeichnung. Mit der Grenzziehung und dem Mauerbau 1961 verschwand darüberhinaus auch vielfach die Erinnerung an einen zusammengewachsenen Kiez. Die Rekonstruktion des Luisenstädtischen Kanals von 1991 bis 2011 brachte wieder zunehmend den Namen Luisenstadt ins Bewusstsein der Bewohner. Der durchgehende Grünzug von der Spree bis zum Landwehrkanal ist ein verbindendes Element zwischen den Anwohnern in Mitte und Kreuzberg. Die Kennzeichnung des daran liegenden Ortsteils eine naheliegende Folgerung.

Berlin-Mitte, den 06.06.2011

Für die SPD-Fraktion
Mahr Hobrack

8. Auftaktveranstaltung Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, für das kürzlich festgesetzte Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt eine Auftaktveranstaltung für die Bewohner und Gewerbetreibenden zu organisieren. Die Veranstaltung sollte im August 2011 und vor Ort stattfinden.

Begründung:

Die Veranstaltung sollte über die Vorteile und Möglichkeiten der Stadtsanierung informieren mit dem Ziel eine möglichst breite Beteiligung von Betroffenen und Anwohnern zu erreichen.

Berlin-Mitte, den 06.06.2011

Für die SPD-Fraktion

Mahr Hobrack

Kleine Anfrage der SPD-Fraktion Mitte im Juni 2011

1. Straßenfest mit Lärm

Ich frage das Bezirksamt:

1. Sind dem Bezirksamt Klagen von Anwohnern aus der nördlichen Luisenstadt bezüglich ruhestörenden Lärms einer Veranstaltung vom Sonntag, 29. 05.2011 am Spreeufer an der Michaelbrücke bekannt?
2. Wie reagiert das Bezirksamt bei großen Veranstaltungen, bei denen sich hunderte von jungen Leuten treffen, laut Musik machen und Berge von Müll nach einer durchgeführten Nacht hinterlassen?

Berlin-Mitte, den 06.06.2010

Für die SPD-Fraktion
Mahr Hobrack

Kleine Anfrage der SPD-Fraktion Mitte im Juni 2011

1. Einsätze des Ordnungsamtes

Ich frage das Bezirksamt:

1. Welche Einsätze des Ordnungsamtes gab es in der Zeit vom 01.01.2011 bis 15.05.2011? Bitte anonymisierte Einsatzpläne beifügen.
2. Nach welchen Kriterien werden die Einsätze geplant?
3. Gibt es Schwerpunktaktionen?
Wenn ja, welche?
4. Inwieweit wird die Plansche im Schillerpark insbesondere in den Abendstunden bestreift, um das dortige Hundefreilaufproblem in den Griff zu bekommen?
5. Mit welchem Einsatz werden die Grillgebiete Großer Tiergarten und Monbijoupark überwacht?
6. Weshalb werden die OA Mitarbeiter nicht mit Fahrrädern ausgestattet, um ihren Wirkungsradius zu vergrößern bzw. welche Planungen für eine derartige Anschaffung gibt es?
7. Wie bewertet das Bezirksamt die Image-Kampagne des Senats für die Ordnungsämter?

Berlin-Mitte, den 06.06.2010

Für die SPD-Fraktion

Mahr Matischok

2. Ahndung von Verschmutzung durch Hundekot sowie der Nichteinhaltung des Leinen- und Maulkorbzwangs

Ich frage das Bezirksamt:

1. Was unternimmt das Ordnungsamt gegen die Hundehalterinnen und Hundehalter, die sich trotz der Verpflichtung zur unverzüglichen Beseitigung des Hundekots bzw. in nicht Achtung der Bestimmungen des Leinen- und Maulkorbzwangs nicht an die rechtlichen Regelungen halten?
2. Mit welchen konkreten Maßnahmen erfolgt im Zusammenhang mit der illegalen Verschmutzung öffentlichen Straßenlandes durch Hundekot bzw. der Umgehung des Leinen- und Maulkorbzwangs u. a. auf Straßen, Gehwegen, Kinderspielplätzen, in Grünanlagen und auf Liegewiesen eine Aufklärung über die damit einhergehenden gesundheitlichen Gefahren für andere Tiere und Menschen insbesondere für Kinder der für die Gefahrenabwehr ursächlich verantwortlichen Personen?
3. Wie viele Ahndungen von Verstößen durch Verwarnungs- oder Bußgeldern wurden seit 01.01.2011 bis 31.05.2011 ausgesprochen?
4. Inwieweit ist davon auszugehen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes dazu angehalten werden jeden Verstoß gegen die Verschmutzung durch Hundekot bzw. den Leinen- und Maulkorbzwang zu ahnden, der in Anwesenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes vollzogen wird?
5. Wie ist es zu erklären, dass in vielen Fällen keine Ahndung erfolgt und der Eindruck erweckt wird, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes eher wegschauen statt einzugreifen?

Berlin-Mitte, den 06.06.2010

Für die SPD-Fraktion
Mahr Matischok
